

# Arbeitskreis gegen Deregulierung & Privatisierung

Kontakt: Rainer Döring, Rai.Doering@t-online.de; Gotthard Krupp, GotthardKrupp@t-online.de

In dem Arbeitskreis gegen Deregulierung und Privatisierung diskutieren KollegInnen aus verschiedenen Betrieben und Gewerkschaften. Sie haben wiederholt gemeinsame Initiativen zur Verteidigung der Öffentlichen Daseinsvorsorge gegen ihre Auslieferung an Wettbewerb und Privatisierung ergriffen. Im Folgenden veröffentlichen wir:

- Den Beschluss der ver.di Landesbezirkskonferenz vom März 2011 zur Verteidigung der Öffentlichen Daseinsvorsorge;
- Die Position des ver.di Bezirksvorstandes zur Rekommunalisierung; sowie
- Auszüge eines Diskussionstextes zur Öffentlichen Daseinsvorsorge von G.Krupp, vorgelegt zum Landespartei-tag letzten Jahres der Berliner SPD

Doch zunächst einige Anmerkungen zur Situation Berlins, vor den Wahlen:

## Schuldenbremse für Berlin:

### Berlin vor dem nächsten, noch brutaleren Sparprogramm

Obwohl die politisch Verantwortlichen der SPD heute gern betonen, dass es keine weiteren Privatisierungen in Berlin geben soll, ja sogar von Rekommunalisierung die Rede ist, wird in den Betrieben der Öffentlichen Daseinsvorsorge weiter ausgegründet und die Privatisierung über PPP und Rechtsformänderungen weiter betrieben.

Während der Berliner Senat die Grundgesetzänderung zur Einführung einer „Schuldenbremse“ strikt abgelehnt hatte, hat der rot-rote Senat jetzt einen „Konsolidierungsvertrag“ mit der Regierung Merkel vereinbart, mit der sich der Senat zur „Schuldenbremse“ verpflichtet. Der Stabilitätsrat, in dem die Finanzminister von Bund und Ländern sitzen sowie der Bundeswirtschaftsminister, „überwacht“ die Einhaltung der Sanierungsprogramme, die mit dem Stabilitätsrat bis Mitte Oktober erarbeitet werden.

Die „Haushaltshoheit“ des Parlaments reduziert sich darauf zu entscheiden, was zuerst weggekürzt wird, die kostenlose Kita oder die Gebührenfreiheit an der Uni. Egal, welche Parteien den Senat nach der Wahl bilden, das Diktat des Sanierungsprogramms ist zwingend. Zweifellos ist die Situation in Portugal oder Griechenland noch viel dramatischer, - aber ist es übertrieben zu sagen, dass das Schicksal dieser Völker auch hier droht, wie überall in Europa?

Ver.di hat in seiner letzten „Wirtschaftspolitik aktuell“ noch einmal darauf hingewiesen, dass die verschiedenen Bundesregierungen den Ländern 160 Milliarden € Einnahmeverluste durch Gesetzesmaßnahmen beschieden haben: **„Erst Kassen plündern und anschließend mit einer Schuldenbremse Kürzungen zwangsverordnen – das ist die politische Logik der letzten Jahre“**. Dieser Logik unterwerfen sich alle Parteien.

Eine neue Welle des Schuldenabbaus, d.h. drastischer Sparmaßnahmen ist in Folge der weiteren Staatsverschuldung für die neuen Milliarden-Rettungspakete zu erwarten. Dabei weiß jeder Kollege, dass diese Milliarden nicht für die Völker in Portugal oder Griechenland bestimmt sind, die selber dafür bluten müssen, sondern für die Banken und Spekulanten.

Finanzsenator Nußbaum sieht seine „Spar“politik bestätigt. Denn es gibt „keine Alternative zum knallharten Konsolidierungskurs“ (Nußbaum), zu weiterem Stellenabbau und Über-

prüfung der Sozialausgaben. Obwohl die Ausgaben für öffentliche Investitionen in den letzten 10 Jahren schon von 1.9 auf 1,5 Milliarden Euro gekürzt wurden, will Nußbaum sie 2012 um 120 Millionen und 2013 um weitere 200 Millionen kürzen. Bis 2013 sollen weitere 7.000 Personalstellen wegfallen, nachdem seit 2004 die Zahl der Stellen schon von 130.000 auf jetzt 107.000 abgebaut wurde.

Auch die Spitzenkandidatin der Grünen sieht angesichts des Diktats der Schuldenbremse die Notwendigkeit, 500 Millionen bis 2016 einzusparen. „Nichts ist sakrosankt“, ausgenommen im Sektor Kinder und Bildung. Ihr Kassensturz für die Verwaltung liegt bei 250 Millionen, für soziale Leistungen bei ca. 100 Millionen Euro jährlich.

### **Diese Schulden sind nicht die des Volkes! Schluss mit dem Kaputtsparen der Öffentlichen Daseinsvorsorge**

Die Streichung der Schulden und der Schuldzinszahlung, das ist zu einer Überlebensfrage für Berlin geworden. Doch um „sicherzustellen“, dass kein weiteres Geld in die Spekulation fließt, gibt es keinen anderen Weg als die Verstaatlichung der Privatbanken und ihrer Vermögenswerte, die Beschlagnahme des auf Spekulation ausgerichteten Kapitals und seine Reinvestition in die Produktion, in die Sanierung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Landesbank und Sparkasse müssen wieder unter die direkte und volle Kontrolle des Landes, jedes abenteuerliche Engagement in der Finanzspekulation wird untersagt, und sie werden strikt auf die Gemeinnützigkeit und das Territorialprinzip verpflichtet.

**In vielen Kämpfen, Demonstrationen und Streiks (an der Charité, der Lehrer-Schüler-Eltern, S-Bahner, Polizei...), wie auch in Diskussionen und Beschlüssen unserer Gewerkschaften, drückt sich der Widerstand der Berliner Bevölkerung gegen die Politik des Kaputtsparens aus. Die Verantwortung der DGB-Gewerkschaften liegt in der Organisation des gewerkschaftlichen Kampfes für die Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der sozialen und Arbeitnehmerrechte, der arbeitenden Bevölkerung und Jugend.**

Gotthard Krupp, Rainer Döring, Juni 2011

# Beschluss der ver.di Landesbezirkskonferenz Berlin-Brandenburg vom 11/12.3.2011

Abgeordnetenhauswahlen 2011:

Kampagne zur Verteidigung der Öffentlichen Daseinsvorsorge

## Den Sozialstaat sichern durch öffentliche Daseinsvorsorge

Das im Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip geht von dem Verfassungsrecht des Bürgers auf öffentliche Daseinsvorsorge aus. Nur die öffentliche Daseinsvorsorge, voll finanziert aus dem öffentlichen Haushalt, kann allen Bürgern und Bürgerinnen das Recht auf Zugang zur qualifizierten Gesundheitsversorgung, Bildung, bezahlbaren Nahverkehr, Wohnungen, Wasser und andere Ressourcen garantieren.

Die Privatisierung wird oft über eine Rechtsformänderung, wie Maßnahmen zur Ausgliederung und Ausgründung eingeleitet und endet dann bei der materiellen Privatisierung, also dem Verkauf. Mit diesem Prozess der Privatisierung schwindet der Einfluss der öffentlichen Hand, die Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge werden den privat-wettbewerblichen Zwängen ausgeliefert. Bestes Beispiel ist die Umwandlung des staatlichen Monopolbetriebs der Bundesbahn mit der Bahnreform 1994 in die Deutsche Bahn AG, die zwar zu 100 % dem Staat gehört, die aber zugleich wie ein Hedge-Fonds die Deutsche Bahn, darunter die S-Bahn, ausplündert.

Dieser Rückzug des Staates aus seiner staatlichen Aufgabe, die öffentliche Daseinsvorsorge und die dafür notwendige Finanzierung zu garantieren, untergräbt den Sozialstaat, in dem er einerseits das Recht der Bürger und Bürgerinnen auf öffentliche Daseinsvorsorge und andererseits die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten durch Senkung der Löhne und Einkommen aushöhlt. Das Tarifvertragssystem wird mehr und mehr zerstückelt und damit die Existenz der Gewerkschaften selbst gefährdet, deren Rückgrat das System des Flächentarifvertrages ist. Die öffentlichen Haushalte und die Sozialkassen werden geplündert.

**Deshalb setzt sich ver.di Berlin dafür ein, dass**

- es zu keinen Privatisierungen, Teilprivatisierungen und Ausgründungen mehr kommt - der Prozess der Zerschlagung des Öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Daseinsvorsorge muss gestoppt und umgekehrt werden;
- eine Rekommunalisierung bereits verkaufter Unternehmen eingeleitet wird, sowie die Reintegration der Beschäftigten, die vom Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst erfasst waren, in den einheitlichen Flächentarifvertrag für den Öffentlichen Dienst;
- eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Betriebe und Dienste aus dem öffentlichen Haushalt erfolgt, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern;
- jede Form privater Kapitalbeteiligung an Planung, Finanzierung und Betrieb von Infrastrukturen und Leistungen der öffentlichen Hand durch die Einführung von ÖPP (Öffentliche Private Partnerschaft, „public-private-partnership“) abgelehnt wird;
- Konzepte zum demographischen Wandel in Bezug auf Arbeitsbedingungen und -plätze, Lebensarbeitszeitkonten sowie den Einstieg in und Ausstieg aus dem Arbeitsle-

ben gemeinsam mit Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen erarbeitet werden;

- Verbindliche bedarfsgerechte Einstellungskorridore geschaffen werden;
- die MAE-Jobs in geregelte tarif- und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden;
- Betriebe und der Öffentliche Dienst mehr selbstwieder ausbilden;

Die Erfahrung der letzten Jahre bzw. der letzten 20 Jahre, haben die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. In Berlin gibt es eine unübersehbare Zahl von Betrieben, ausgegründeten Bereichen und teilprivatisierten Betrieben und Formen der „öffentlich-privaten Partnerschaft.“

**ver.di Berlin begrüßt die Entscheidung des Berliner Senats, die bisherige Privatisierungspolitik in Berlin nicht weiter fortzusetzen und eine Re-Kommunalisierung auf die Tagesordnung zu setzen.**

**ver.di Berlin stellt aber auch fest, dass bisher noch keine Umkehr praktiziert wird.**

- Öffentliche Aufgaben z.B. im Bereich der Jugend werden weiter an freie Träger ausgeschrieben.
- Teile des Öffentlichen Dienstes werden weiterhin ausgegründet. Es gibt zahlreiche Bereiche, in denen keine Tarifverträge existieren bzw. nicht einmal Mindestlöhne bezahlt werden. So zahlen weder der Liegenschaftsfond noch die Berliner Immobilien GmbH, die beide zu 100% dem Land Berlin gehören, nicht nach Tarif und sie haben keinen Betriebsrat.
- Schon ausgegliederte Bereiche werden nicht wieder zurückgeführt. So ist es nicht zu verstehen, warum z.B. die BT als Tochter der BVG, gegründet als staatlich verordnetes Lohndumping-Unternehmen, weiter existiert?

ver.di Berlin ist der Auffassung, dass die öffentlichen Betriebe zum Kern für ein weiteres Wirtschaftswachstum werden müssen, für eine Reorganisation und den Aufbau der Berliner Wirtschaft, auch um neue Arbeitsplätze zu generieren.

Deshalb führt ver.di Berlin zur Abgeordnetenhauswahl eine breite Kampagne zur Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch und fordert den DGB Bezirk Berlin-Brandenburg auf zeitnah, vor den Abgeordnetenhauswahlen, zusammen mit seinen Mitgliedsgewerkschaften eine Konferenz für die Verteidigung der Öffentlichen Daseinsvorsorge einzuberufen, um den Widerstand gegen die Auslieferung des Gesundheits- und Bildungswesens, des Öffentlichen Nahverkehrs und der städtischen Wohnungsgesellschaften und aller staatlichen und kommunalen Aufgaben an den zerstörerischen Dumping-Wettbewerb und die Privatisierung Ausdruck zu verleihen und zu organisieren.

## Position des ver.di Bezirks Berlin zum Thema Rekommunalisierung

(beschlossen durch den Bezirksvorstand am 20.März2011)

ver.di Berlin hat sich seit 1999 permanent mit den Folgen der Entscheidung des Senats von Berlin aus diesem Jahr auseinandersetzen müssen.

„Wasser, das Lebensmittel Nr.1, darf keine Ware sein“, das war die Haltung der Gewerkschaft ötv zur Teilprivatisierung und dazu stehen wir – inzwischen ver.di – auch heute - ohne Abstriche! Wir müssen jedoch feststellen, dass bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der BWB/BWH seit dem Verkauf der Anteile an Vivendi/veolia und RWE ein erheblicher Vertrauensverlust gegenüber dem Mehrheitsanteilseigner Land Berlin eingetreten ist. So werden die Rekommunalisierungsabsichten der Berliner Regierungskoalition eher als Wahlkampfgetöse denn als seriöses Eingestehen einer Fehlentscheidung verstanden. ver.di setzt sich bundesweit dafür ein, dass privatisierte Betriebe der Wasserwirtschaft wieder unter das Dach der Kommunen geholt werden. Wasserversorgung ist ein Teil der Daseinsvorsorge – und die darf nicht länger der Gewinnmaximierung geopfert werden! Eine Rekommunalisierung kann jedoch keinesfalls zu Lasten der Beschäftigten gehen! Hier bestehen inzwischen bei den Beschäftigten der Berliner Wasserbetriebe erhebliche Zweifel, ob die Initiative des Wirtschaftssenators und Aufsichtsratsvorsitzenden, das Bundeskartellamt die Wasserpreise überprüfen

zu lassen, nicht letztendlich zu einer Verschlechterung ihrer Arbeits- und Einkommensbedingungen führen wird. Bei Investitionen und Instandhaltung darf nicht zu Lasten der Qualität gespart werden! Wir sind stolz auf unsere exzellente Trinkwasserqualität und die zertifizierte Entsorgung! Das sind Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger Berlins, die sich sehen lassen können!

Wir wollen aber auch, dass der Grundsatz „Gute Arbeit“ eingehalten wird, dass Arbeit angemessen vergütet, geltende Tarifverträge sowie Ausbildung und Übernahme gesichert sind! Deshalb muss klargestellt werden: die Beschäftigten zahlen nicht die Zeche für politische Fehlentscheidungen des Eigentümers! Wer Verträge abschließt, die privaten Investoren Gewinne garantieren, kann nicht erwarten, dass die „verkauften“ Arbeitnehmer/innen sich mit ihren Arbeits- und Einkommensbedingungen dafür in die Haftung nehmen lassen.

Deshalb sagen wir: Rekommunalisierung: Ja – aber nicht um jeden Preis - weder zu Lasten der Beschäftigten noch zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger Berlins!

\*\*\*\*\*

## Öffentliche Daseinsvorsorge als Pfeiler des Sozialstaats

**Eine Antwort auf Michael Müller : „Die solidarische Stadt: Strategien der Stärkung des Öffentlichen Einflusses auf grundlegende Belange der Daseinsvorsorge“ (Auszüge)**

(...) Diese Privatisierungspolitik (in Berlin) folgt den Vorgaben der EU und des Lissabon-Vertrages, der als oberstes Prinzip die Verpflichtung der Mitgliedsländer auf den freien und unverfälschten Wettbewerb setzt. Über die entsprechenden Richtlinien gebietet die EU die Umsetzung der Privatisierung der Öffentlichen Dienste. Eine Entscheidung in nationaler Souveränität für das Nein zur Privatisierung durch die SPD verlangt, mit dieser EU-Politik zu brechen.

Die Privatisierungspolitik, da sie sehr langfristig wirkt, hat fatale Folgen für das Land und die Kommunen Berlins gehabt, wie heute z.T. eingestanden wird (s. Wasserbetriebe). Selbst die „Wirtschafts- und Finanzkrise“ wurde durch die Plünderung der privatisierten Bereiche der Öffentlichen Daseinsvorsorge, des Landes- und kommunalen Vermögens, zu Gunsten der Renditeinteressen/Spekulation genährt.(...)

In der Überschrift (bei Michael Müller) heißt es: „Strategien der Stärkung des öffentlichen Einflusses auf grundlegende Belange der Daseinsvorsorge.“ Diese Position finden wir auch bei Harald Wolf von der Linkspartei. „**Stärkung des öffentlichen Einflusses** auf grundlegende Belange der Daseinsvorsorge“ definiert sehr klar, dass es nicht darum geht, die Öffentliche Daseinsvorsorge wieder in **die volle politische und finanzielle Verantwortung des Landes/der Stadt zurückzuführen** und in dieser Perspektive die noch verbliebenen Reste der

Öffentlichen Daseinsvorsorge zu verteidigen. Es geht lediglich um eine Stärkung des staatlichen Einflusses(!). Dass heißt natürlich, dass die Aufgaben der Öffentlichen Daseinsvorsorge durchaus privatwirtschaftlich erbracht werden können, d.h. natürlich auch, dass diese der Logik des privaten Marktes, der Renditezielung ausgeliefert bleibt.

### Was ist Öffentliche Daseinsvorsorge?

(...) Es war zweifellos die Sozialdemokratie, die nach 1945 für die Verankerung des Sozialstaatsprinzips in das GG von 1949 gekämpft hat. Das in Art. 20 GG verankerte Sozialstaatsprinzip geht von dem Verfassungsrecht des Bürgers auf Öffentliche Daseinsvorsorge aus, denn nur sie, voll finanziert aus dem öffentlichen Haushalt, kann allen Bürgern und Bürgerinnen das Recht auf Zugang zur qualifizierten Gesundheitsversorgung, Bildung, Nahverkehr, Wohnung, Wasser, Energie... garantieren. Es war also durchaus das Ziel, bestimmte Bereiche, die lebensnotwendig für die Bürger und Bürgerinnen sind, dem kapitalistischen Markt und dem Wettbewerb zu entziehen. Diese Bereiche gehören keinesfalls in private Hand, die immer der Logik der Renditezielung folgen muss. (...)

**Aus all dem leitet sich eine Feststellung ab: Kennzeichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge ist, dass sie unvereinbar ist mit dem kapitalistischen Renditestreben und dem Dumping-**

**Wettbewerb. Denn bei der Öffentlichen Daseinsvorsorge ist der Rechtsanspruch des Bürgers vorrangig.**

### **Öffentliche Daseinsvorsorge und öffentlicher Haushalt**

Ein weiterer Aspekt sei hinzugefügt: Michael Müller geht sehr ausführlich auf die Haushaltslage ein und in diesen Zusammenhang auf die Schuldenbremse, die er zwar ablehnt, aber als bestimmenden Zwang hinnimmt. Warum ergreift die SPD-Berlin nicht die Initiative gegenüber der SPD auf Bundesebene und der SPD-Fraktion im Bundestag eine Initiative zur Aufhebung der Schuldenbremse? (...)

Die Entscheidungen über Privatisierungen oder Re-Kommunalisierung wird ganz selbstverständlich – und als un-ausweichlich - unter Haushaltsvorbehalt gestellt. Doch wer die Frage nach der Ursache der Verschuldung des Landes Berlin nicht auswirft und sich damit die Mittel gibt, sie wirklich zu bekämpfen, wird immer deren Zwängen ausgeliefert sein. Europaweit fließen 1500 Milliarden öffentlicher Mittel an Banken und Spekulanten, damit sie weiter spekulieren können, während die Mittel fehlen, die banalsten Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Auch aus dem Berliner Haushalt sind Summen in dreistelliger Millionenhöhe in das Rettungspaket für die Banken und Spekulanten geflossen – nach einer Berliner Bankenkrise, in der schon Milliarden öffentlicher Gelder zur Bereicherung windiger Spekulanten verschleudert wurden. Die von der EU diktierten und vom „rot-rot“ Senat befolgte Privatisierungspolitik, der Verschönerung des Landes- und kommunalen Vermögens wie der Wasserbetriebe etc., plündert den öffentlichen Haushalt zugunsten der Finanzspekulanten. Der im Namen der Haushaltskonsolidierung vom Senat verordnete „Spar“haushalt erweist sich als eine gigantische Umverteilungsmaschinerie von unten nach oben.

Mehr als 66 Milliarden Euro Schulden wurden angehäuft. Durch Steuerverweigerungen und –befreiungen für Konzerne, Banken und große Vermögen wird er ausgeblutet und ruiniert. Die Schuldenbremse und der Abbau der Gelder aus dem Solidarpakt verlangen weitere einschneidende Ausgabenkürzungen im öffentlichen Haushalt. Bis zu 2,5 Milliarden betragen schon jetzt die Schuldzinszahlungen an die Kassen der Banken und Spekulanten jährlich – während den Krankenhäusern, Schulen, Kitas, Nahverkehr...die notwendigen Gelder entzogen und Berlin dem sozialen Verfall preisgegeben wird.

**Die Rückführung der an die Banken, Spekulanten und Konzerne gefluteten Milliarden in die öffentlichen Haushalte ist zu einer Überlebensfrage für Berlin geworden ist.**

Michael Müller weist daraufhin, dass „vor Jahren noch undenkbar Antworten, wie die Verstaatlichung von Banken (...) mittlerweile schon fast zum politischen Tagesgeschäft gehören.“ Diese Frage drängt sich ganz aktuell auf, es ist eine Frage nach dem Erhalt der politischen und sozialen Demokratie.

### **Die Frage nach den Rechtsformen**

Die Erfahrung der letzten Jahre bzw. der letzten 20 Jahre, haben die schlimmsten Befürchtungen übertroffen. In Berlin gibt es eine unübersehbare Zahl von privatisierten und teilpri-

vatisierten Betrieben, ausgegründeten Bereichen und Formen der „öffentlich-privaten Partnerschaft.“

**Der Prozess der Privatisierung wird oft über eine Rechtsformänderung**, wie Maßnahmen zur Ausgliederung und Ausgründung eingeleitet und endet dann bei der materiellen Privatisierung, also dem Verkauf. Mit diesem Prozess der Privatisierung beginnt der **Rückzug des Landes/Staates aus seiner sozialstaatlichen Aufgabe**, die Öffentliche Daseinsvorsorge und die dafür notwendige Finanzierung zu garantieren. Krankenhäuser, Nahverkehr, soziale und Jugendeinrichtungen werden auf diesem Weg den privat-wettbewerblichen zerstörerischen Zwängen ausgeliefert. (...)

Auch in Berlin ergreift der Senat ständig Initiativen zu Rechtsformänderungen und untergräbt so den Sozialstaat, in dem er einerseits das Recht der Bürger und Bürgerinnen auf Öffentliche Daseinsvorsorge und andererseits die Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten durch Senkung der Löhne und Einkommen aushöhlt. Zum Schutz der Arbeitnehmer vor Dumpinglöhnen in Folge von Privatisierungen fordert Michael Müller Mindestlöhne. Das aber ist keine Antwort darauf, dass mit der Privatisierung das Tarifvertragssystem mehr und mehr ausgehöhlt und damit die Existenz der Gewerkschaften selbst gefährdet wird, deren Rückgrat das System des Flächentarifvertrages ist. Die öffentlichen Haushalte und die Sozialkassen werden geplündert.

Das Nein zur weiteren Privatisierung, dass der Senat in den Koalitionsvertrag geschrieben hat, ist nur glaubwürdig, wenn in allen Bereichen Schluss gemacht wird mit den Rechtsformänderungen und Ausgliederungen, die ein Schritt zur Privatisierung sind – auch nicht in sog. „gute“ freie Träger, die ihre Leistungen auf Kosten der Beschäftigten (niedrigere Löhne...) erbringen. Bisher stellen wir aber auch fest, dass bisher noch keine Umkehr praktiziert wird. Öffentliche Aufgaben z.B. im Bereich der Jugend werden weiter an freie Träger ausgeschrieben. (...)

Teile des Öffentlichen Dienstes werden weiterhin ausgegründet. Es gibt zahlreiche Bereiche, in denen keine Tarifverträge existieren bzw. nicht einmal Mindestlöhne bezahlt werden. (...)

Schon ausgegliederte Bereiche werden nicht wieder zurückgeführt. So ist es nicht zu verstehen, warum z.B. die BT als Tochter der BVG, gegründet als staatlich verordnetes Lohndumping-Unternehmen, weiter existiert?

Gotthard Krupp, September 2010

### **Widerstandskonferenz zur Verteidigung der Öffentlichen Daseinsvorsorge**

Die ganze Diskussion zeigt, wie dringlich die Umsetzung des Beschlusses der ver.di Landeskonferenz ist, dass die DGB Gewerkschaften zeitnah, vor den Abgeordnetenhauswahlen, eine Konferenz für die Verteidigung der Öffentlichen Daseinsvorsorge einberufen, um den Widerstand gegen die Auslieferung des Gesundheits- und Bildungswesens, des Öffentlichen Nahverkehrs und der städtischen Wohnungsgesellschaften und aller staatlichen und kommunalen Aufgaben an den zerstörerischen Dumping-Wettbewerb und die Privatisierung Ausdruck zu verleihen und zu organisieren.